

Hubert Kleinert

Linke Mehrheiten in Deutschland – Fiktion oder Realität ?

Wenn man an der Schwelle des Wahljahres 2009 und kurz nach den spektakulären Vorgängen in Hessen zu diesem Thema sprechen soll, stellt sich zunächst die Frage nach dem normativen Bezugspunkt: Was ist gemeint, wenn von „linker Mehrheit“ die Rede ist ? Geht es um die Aussichten für arithmetische Parlamentsmehrheiten von SPD, Grünen und Linkspartei ? Geht es um programmatische Schnittmengen und Differenzen ? Geht es um die absehbare Entwicklungen der Bündnisoptionen besonders der Sozialdemokratie ? Oder umfassender um gesellschaftliche Entwicklungslinien und Problemwahrnehmungen, um tieferliegende Veränderungen der politischen Agenda, die vielleicht Möglichkeiten zu neuen politischen Allianzen und einer damit verbundenen neuen Politik hervorbringen ? Und welche Rolle spielt die Finanzkrise ?

Ich möchte versuchen, auf alle diese Aspekte wenigstens cursorisch einzugehen. Denn eine Fixierung auf Wahlergebnisse und parlamentarische Bündnisdiskussionen allein würde ebenso zu kurz greifen würde wie der Versuch einer Analyse der Programmentwicklung der entsprechenden Parteien. Arithmetische Mehrheiten geben noch keine zureichende Auskunft über gesellschaftliche Verwurzelungen und die damit verbundenen Möglichkeiten von Politik. Umgekehrt geben freilich gesellschaftliche Stimmungslagen und Veränderungen noch keine Auskunft über die subjektiven Potentiale der politischen Akteure, über die Verfasstheit von Parteien, über Gestaltungskraft und ihre Fähigkeit zur Erzeugung politischer Legitimation. Zwar können wir davon ausgehen, dass Parteien Veränderungen der politischen Agenda reflektieren und gesellschaftliche Stimmungslagen aufzugreifen suchen. Gleichwohl ergibt sich aus programmatischen Nähen noch keineswegs zwingend ein gemeinsames politisches Projekt. Das gilt in Zeiten nachlassender Bindungskraft vor allem der Volksparteien in die Gesellschaft hinein umso mehr. Programmatik beeinflusst politische Strategien, aber sie ist keineswegs der einzige und manchmal nicht mal der wichtigste Faktor für strategisches politisches Handeln.

Dabei kann ich hier nicht genauer zu definieren versuchen, was eine linke Politik heute im Einzelnen ausmachen könnte. Ich unterstelle der Einfachheit halber, dass mit links eine Politik gemeint sein soll, die sich in besonderer Weise dem Thema der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sieht, die zwar nicht mehr in grundlegenden Systemalternativen zwischen Sozialismus und Kapitalismus denkt, deshalb die Marktwirtschaft nicht grundlegend in Frage stellt, gleichwohl den wirtschaftsliberalen Glauben an den fast generell zu unterstellenden Vorzug privater und marktwirtschaftlicher Lösungen nicht teilt und deshalb radikalen Privatisierungsstrategien kritisch gegenübersteht und die diesen sozialen Grundansatz von Politik mit der Notwendigkeit einer forcierten Politik der ökologischen Umsteuerung in Richtung einer wirksamen Klimaschutzpolitik ebenso verbindet wie mit innerer Liberalität und einem weltoffenen Grundansatz einer Politik der Integration von Migrantinnen. Näheres würde hier den Rahmen sprengen.

1. Gesellschaftliche Stimmungslagen: Die politische Agenda verschiebt sich nach links

In den letzten beiden Jahren sind eine Reihe von Studien erschienen und Umfragen publiziert worden, die im Ergebnis übereinstimmen: Die gesellschaftliche Stimmungslage hat sich deutlich nach links verschoben. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Sommer 2008,

also noch vor der Finanzkrise, weist aus, dass nur noch 31% der Bundesbürger eine eindeutig positive Einschätzung der Marktwirtschaft haben; 38% haben eher eine schlechte Einschätzung und zweifeln an der Zukunftsfähigkeit dieser Ordnung. Dass diese negative Sichtweise in Ostdeutschland besonders verbreitet ist (53%), wird hier niemanden überraschen (nur 19% äußern eine positive Grundauffassung). Überraschender ist schon eher, dass auch in den alten Bundesländern die Zahl der Kritiker inzwischen knapp über der der Befürworter liegt (35% gegen 34%). Noch aufschlussreicher werden diese Zahlen, wenn man die längerfristigen Entwicklungslinien in den Blick nimmt: Selbst in der kritischen Grundstimmung am Ende der Ära Kohl überwogen die Befürworter deutlich (37% gegen 26%), 2000 äußerten gar 55% Zustimmung und nur 15% eine kritische Haltung.

Diese Haltung, die sich inzwischen noch verstärkt hat (nach einer ganz aktuellen Umfrage in Ostdeutschland meinen 52%, dass die Marktwirtschaft abgewirtschaftet habe und wollen angeblich 43% ein sozialistisches Wirtschaftssystem), entspringt in erster Linie aus der Einschätzung einer inzwischen sehr deutlichen Bevölkerungsmehrheit, die die wirtschaftlichen Verhältnisse in D heute als ungerecht betrachtet. Nach der Bertelsmann-Studie empfinden 73% der Bevölkerung die Verteilung von Einkommen und Vermögen als ungerecht, nur noch 13% halten sie im Großen und Ganzen für gerecht. Auch hier hat sich eine schon seit längerem zu beobachtende Entwicklung in den letzten Jahren erheblich verschärft: Nachdem gegen Ende der Ära Kohl diese Zahlen bis auf knapp 60% angestiegen waren, sind sie dann in der rot-grünen Ära zunächst bis auf 47% zurückgegangen, um dann schon in den Jahren der Hartz-Diskussion wieder auf die Werte der späten Kohl-Jahre anzusteigen und dann zunächst wieder abzuflachen. Seit 2005 aber sind diese Werte exorbitant gestiegen: Allein im letzten Jahr ist die Zahl derer, die die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als ungerecht empfinden, um 17% nach oben gegangen. Wahrscheinlich liegt der Anteil inzwischen noch höher.

Noch nie seit Beginn des Wirtschaftswunders in den frühen fünfziger Jahren ist das Empfinden eines sozialen Gerechtigkeitsdefizits in der Gesellschaft derart massiv verbreitet gewesen und ist der marktwirtschaftlichen Ordnung so viel Skepsis entgegengebracht worden wie heute. Es gibt einen breiten, partei- und schichtübergreifenden Konsens darüber, dass die Marktwirtschaft ein massives Gerechtigkeitsproblem hat. Die Anhänger der Parteien unterscheiden sich dabei nur graduell: 91% der Wähler der Linkspartei halten die Verhältnisse für sozial ungerecht, 76 bzw. 75% der SPD- und Grünen-Wähler, aber immerhin auch 66% der CDU- und sogar 65% der FDP-Wähler.

Diese Stimmungslagen zeigen sich auch, wenn man die Einzelergebnisse zu wichtigen Fragen der Sozial- und Beschäftigungspolitik auswertet. 97% der Befragten sind der Auffassung, dass jeder für eine Vollzeitbeschäftigung so entlohnt werden müsse, dass man davon ohne zusätzliche Sozialleistung leben können müsse, 56% teilen die Forderung nach einem bundesweiten einheitlichen Mindestlohn voll und ganz, immerhin weitere 28% stimmen eher zu und nur 16% sind dagegen. Eine ebenso klare Mehrheit der Befragten ist allerdings auch der Auffassung, dass bei der Gewährung von Sozialleistungen die Bedürftigkeit besser kontrolliert werden und der Missbrauch von Sozialleistungen schärfer geahndet werden solle (93%).

Weitere empirische Erhebungen zeigen ähnliche Entwicklungen: Die Zahl der Befürworter einer Privatisierung öffentlicher Leistungen ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Sehr stark gestiegen dagegen ist die Zahl derer, die von der Globalisierung eher Nachteile als Vorteile erwarten; sie hat sich gegenüber 2000 mehr als verdoppelt.

Natürlich sind solche Befragungen an vielen Stellen nicht zum Nennwert zu nehmen. Sie sind auch nicht frei von Widersprüchlichkeiten: Die Antworten auf Fragen zur künftigen Rolle des Staates zeigen z.B. eher eine verbreitete Unsicherheit. Umstritten ist auch die Frage, ob künftig mehr für die Integration von Migranten getan werden müsse. Gleichwohl tendieren die gemessenen Einstellungen eindeutig in eine Richtung, die man eher dem Weltbild und den Forderungskatalogen der politischen Linken zurechnen kann. Dies verbindet sich mit einem vielfach empirisch nachgewiesenen, in ihren Ausmaßen besorgniserregenden Vertrauensverlust in Parteien, Politiker und Regierungen, ja in die Fähigkeit von Politik zur vernünftigen Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt. Ein Vertrauensverlust, der übrigens auch vor anderen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen nicht halt macht: So haben die Medien in den letzten Jahren einen rapiden Vertrauensverlust durchgemacht. Journalisten sind heute kaum angesehener als Politiker.

2. Ursachen und Wirkungen dieser Stimmungslagen und Meinungstrends

Auf die komplexen Ursachen dieser Verschiebungen der politischen Agenda kann hier nur cursorisch eingegangen werden. Die objektiven Hintergründe sind bekannt: Wir haben heute im Vergleich zu den frühen neunziger Jahren eine erhebliche Zunahme der sozialen Ungleichheit zu verzeichnen. Die Reallöhne der Durchschnittsverdiener stagnieren seit vielen Jahren, sind z.T. sogar zurückgegangen. Vielfach haben Unternehmen übertarifliche Leistungen abgebaut; gleichzeitig haben wir es mit einer wachsenden Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu tun. Umgekehrt haben sich im Spitzeneinkommensbereich die Einkünfte vervielfacht und Kapitalanleger einen überproportionalen Anteil an der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums verbuchen können. Der Mittelstand wird dünner, während die Kluft zwischen arm und reich in Deutschland erheblich zugenommen hat – zu diesem Ergebnis war z.B. eine viel beachtete Studie des DIW schon im Frühjahr gekommen. Nach einer erst in diesen Tagen veröffentlichten, neuen DIW-Studie zur Vermögensverteilung in der BRD ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am gesamten Volkseinkommen zwischen 1996 und 2006 von 30% bis auf 34% gestiegen. Die statistischen Daten und soziologischen Befunde entsprechen also dem gesellschaftlichen Stimmungsbild.

Die viel beschworene Hegemonie des Neoliberalismus hat es außerhalb der medialen Talk-Runden auch früher so nicht gegeben. Stattdessen stand die Bürgerschaft den vielen Ruck-Reden und Beschwörungen der Chancen der Globalisierung immer schon skeptischer gegenüber als viele Protagonisten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft das wahrhaben wollten. Allerdings haben wir es in den letzten Jahren mit sehr deutlich vermehrten Anzeichen einer massiven Desillusionierung gegenüber Politikkonzepten zu tun, die ein radikales marktwirtschaftliches Credo vertraten und privaten Lösungen gegenüber staatlichen in aller Regel den Vorzug einräumen wollten. Insoweit kann man sagen, dass die Zeit und der Zeitgeist deutlich sozialdemokratischer geworden sind. Die politische Agenda hat sich sozialdemokratisiert. Für die Entwicklung dieser Stimmungen, die mit einem gewissen Zeitverzug objektive Strukturdaten reflektieren, haben die immer wieder aufflammende Diskussionen um Managereinkommen und mangelnde gesellschaftliche Verantwortlichkeit des wirtschaftlichen Führungspersonals eine erhebliche Rolle gespielt. Hier hat sich das tief gestörte gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden in besonderer Weise artikuliert.

Dass dabei auch die Entstehung und der relative politische Erfolg der Linkspartei eine Rolle gespielt hat, lässt sich im Ernst kaum bestreiten. Immer, wenn neue politische Kräfte als machtpolitisch relevante Faktoren ins politische System einrücken, üben sie nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der politischen Agenda aus. Insoweit ähnelt die Rolle der Linkspartei in den letzten beiden Jahren tatsächlich ein wenig der der Grünen im

Westdeutschland der frühen achtziger Jahre. Da sie ihre politische Formierung einem tief in der gesellschaftlichen Wirklichkeitswahrnehmung verankerten Problem verdanken, erreichen sie erhebliche Wirkungen auch in Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Systems hinein, die ihnen eigentlich fern stehen. Dabei ist die Linkspartei gleichermaßen Ausdruck wie Protagonist eines solchen linken Stimmungswandels. Sie ist sogar eher ihr Ausdruck als gestaltender und richtungsgebender Faktor.

Freilich spielt dabei die Diskussion um die Ausgestaltung der sog. Hartz-Reformen eine andere Rolle als meist angenommen. Da die meisten empirischen Befunde darauf hindeuten, dass eine Mehrzahl der Bürger gegen schärfere Kontrollen sozialer Bedürftigkeit gar nichts einzuwenden hat, wird eher davon auszugehen sein, dass die Hartz-Reformen eher als Symbol für ein wachsendes Gerechtigkeitsdefizit gesehen wird, das auch die breite Masse der Arbeitsplatzinhaber und Normalverdiener betrifft. Wenn es „nur“ um eine Reform von Anspruchsgrundlagen für soziale Sicherungssysteme gegangen wäre, hätten die entsprechenden Maßnahmen jedenfalls kaum diese Sprengkraft erlangen können, die sich vor allem für die SPD höchst folgenreich ausgewirkt haben.

3. Verschiebungen der politischen Agenda und das Parteiensystem der Bundesrepublik

Diese Verschiebungen der politischen Agenda haben natürlich Auswirkungen auf das gesamte Parteiensystem der BRD. Zum einen ist mit ihnen der relative Aufstieg der Linkspartei auch im Westen verbunden, der für die machtpolitischen Strategien aller Parteien mit Konsequenzen hat. Zweierbündnisse zwischen einem großen und einem kleineren politischen Partner werden schwieriger; das gilt besonders für die SPD, die nur in wenigen Bundesländern auf Augenhöhe mit der Union agiert und im Bund nun schon seit Jahren deutlich dahinter einzustufen ist. Will sie nicht immer auf Große Koalitionen zum Regieren angewiesen sein, steht sie auch im Westen vor der Frage bündnispolitischer Öffnungen zur Linkspartei – was freilich, wie wir gerade in Hessen erlebt haben, mit großen Risiken verbunden ist.

Jenseits der Frage strategischer Mehrheitsbildungen wirkt diese Verschiebung natürlich auch thematisch auf alle Parteien ein. Schon seit ihrem enttäuschenden Ergebnis bei den Bundestagswahlen 2005 ist der Mehrheit der Union klar, dass die Partei sich politisch-programmatisch wieder stärker auf ihre sozialen Traditionselemente besinnen muss. Trendsetter dieser Entwicklung in der Union ist zumindest symbolisch eindeutig die NRW-CDU mit Jürgen Rüttgers an der Spitze. Zwar ist in den letzten beiden Jahren immer wieder Unzufriedenheit auf Seiten des Wirtschaftsflügels der CDU artikuliert worden und zeigen sich in den Debatten um den auch in der CDU-Wählerschaft mehrheitlich präferierten Mindestlohn bislang Grenzen dieser oft als „Sozialdemokratisierung“ der Union beschriebenen Entwicklung. Doch werden gerade die jüngsten Entwicklungen mit Sicherheit dazu führen, dass die prononciert wirtschaftsliberalen Teile der CDU noch stärker in die Defensive geraten. Jedenfalls wirkt ein Friedrich Merz inzwischen, als sei er gewissermaßen aus der Zeit gefallen.

Dass auch die SPD mit ihren Korrekturen an den Hartz-Reformen beim Hamburger Parteitag politisch-programmatisch reagiert hat, ist hinlänglich beschrieben worden. In welche Richtung die sozialdemokratische Suche nach einem identifikationsstiftenden Neuanatz freilich gehen wird, lässt sich derzeit noch nicht zuverlässig sagen. Zumal alle neueren politisch-programmatischen Überlegungen der Sozialdemokraten immer wieder von anderen Fragen überlagert werden, die mit Machtstrategien und Führungsfragen zu tun haben. Aber

dass die Partei wegkommen will von der Verengung auf eine liberale Öffnung der SPD aus den Schröder-Jahren, scheint ausgemacht.

Die Grünen werden zwar thematisch nach wie vor zuerst mit den Themen des ökologischen Strukturwandels verknüpft und haben mit ihrer neuerdings betonten Radikalität in der Energiepolitik ihrerseits dazu beigetragen. Freilich haben auch sie auf ihren letzten Parteitag Beschlüsse gefasst, die als stärkere Akzentsetzungen in Richtung sozialer Gerechtigkeit und einer aktiven Rolle des Staates bei der Regulierung von Finanzmärkten zu deuten sind.

Man kann also sagen, dass die von mir als „Sozialdemokratisierung“ beschriebenen Veränderungen der politischen Agenda im gesamten Parteienspektrum ihre Spuren hinterlassen haben. Mit durchaus beachtlicher Flexibilität haben sich politische Ton- und z.T. auch Beschlusslagen verändert. Von der FDP einmal abgesehen, deren Beweglichkeit in Sachen Wirtschaftsliberalismus aufgrund der Prägung ihrer Wählerschichten begrenzt ist, sehe ich nicht, dass dieser Flexibilität enge Grenzen gesetzt sein müssten. Zwar ist die CDU ist von ihrer Tradition und Prägung diejenige der beiden Volksparteien, für die ein stärker marktorientiertes und wirtschaftsnahes Denken prägend ist. Dennoch sehe ich für sie keine prinzipielle Grenze für einen deutlich stärker sozial orientierten Kurs, im Gegenteil. Will die Union auch künftig ihre Rolle als stärkste Volkspartei im Lande behaupten, muss sie eher noch stärker die Problemsichten der Mehrzahl ihrer Anhänger berücksichtigen, die sich in den angesprochenen Themen von sozialer Gerechtigkeit nicht wesentlich von den Anhängern der SPD unterscheidet. Bei der NRW-Wahl 2005 hat die Mehrheit der klassischen Arbeitnehmer für die Union gestimmt, nicht für die SPD.

Die unbestreitbare Sozialdemokratisierung der politischen Agenda muss jedenfalls keineswegs zwangsläufig zu einer Stärkung der Linksparteien oder gar zu einer neuen Linksallianz führen. Zwar schaffen diese Veränderungen neue politische Chancen. Doch ob diese auch genutzt werden können, hängt von verschiedenen Faktoren ab, die ich auch auf mittlere Sicht eher nicht gegeben sehe. Dagegen sprechen jedenfalls die folgenden fünf Faktoren: 1. Die politische und strategische Flexibilität der Volkspartei CDU. 2. Die politische und vor allem die personelle Schwäche der SPD. 3. Die Ungewissheit über die Chancen eines Wandels der Linkspartei von der Protest- zur Gestaltungspartei. 4. Die historischen Erfahrungen über die Reaktionsweisen von Gesellschaften auf Krisenerfahrungen. 5. Die mangelnde Gestaltungskraft einer immer wieder von Zersplitterung und Fragmentarisierung bedrohten politischen Linken.

Dass ich keine natürliche Grenze für die seit einigen Jahren zu beobachtende „Sozialdemokratisierung der Union“ sehen kann, ist oben schon ausgeführt worden. Hinzu kommt ihre relative Stabilität: Trotz aller auch bei ihr zu beobachtenden Auszehrungserscheinungen ist die Union derzeit die deutlich stärkere und strukturell gefestigtere der beiden Volksparteien. Obgleich auch sie mit Mitgliederschwund und Überalterung zu kämpfen hat, wirkt sie in der Breite personell in der jüngeren Generation besser besetzt und insgesamt „politikfähiger“ als die SPD.

Ihr gegenüber steht eine stark verunsicherte Sozialdemokratie. Ihr seit Jahren anhaltender Mitgliederschwund hat durch das politische Debakel in Hessen gerade erst neue Nahrung erhalten. Hin- und hergerissen zwischen einer pragmatischen Rolle in der Großen Koalition und einer nach den Basta-Jahren der Schröderschen Kanzlerschaft, der ungeliebten Agenda und der neuen Konkurrenz der Linkspartei neu entflammten Sehnsucht nach einer deutlicheren Linksorientierung, wirkt die Partei zerrissen, ohne klaren politischen Kompass

und personell ausgemergelt. Ohne eindeutige programmatische Orientierung sucht sie ihr Heil in Polit-Inszenierungen und aufgesetzten Kampagnenslogans („soziale Moderne“) mit dürftigem Realitätsgehalt. Bis heute leidet die Partei sichtbar an den Folgen der Ära Schröder in Form programmatischer Ausdünnung und Verfall der innerparteilichen Diskussionskultur. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aufstieg der Linkspartei erst sein besonderes Gewicht. Ein Gewicht, das durch die exponierte Rolle des früheren SPD-Vorsitzenden als Galionsfigur der neuen politischen Konkurrenz zusätzlich beschwert wird. Hinzu kommen haarsträubende strategische, taktische und praktische Fehler des politischen Führungspersonals (Beck, Ypsilanti).

Aus heutiger Sicht kann man sich jedenfalls nur schwer vorstellen, wie diese Partei die führende und politisch bestimmende Rolle in Deutschland wiedergewinnen will. Eine neue linke Mehrheit, die sich in einem neuen linken Parteienbündnis ausdrücken soll, ist aber nur mit einer starken und handlungsfähigen SPD vorstellbar. Strategisch bewegen sich hier auch die Überlegungen der Linkspartei in einem Widerspruch: Ihr Aufstieg und ihre relative politische Stärke verdanken sich in erheblichem Umfang den Schwächen der SPD. Jede gestalterische Machtperspektive aber ist nur mit in einer starken SPD überhaupt denkbar.

Auch deshalb wird die bundespolitische Rolle der Linkspartei auch auf mittlere Sicht weniger die einer Gestaltungsalternative und eher die einer Protestpartei sein. Dies gilt umso mehr, als weite Teile des aktuellen Programmangebots elementar den Möglichkeiten widersprechen, die sich für die Politik jeder Bundesregierung ergäben. Das gilt in besonderer Weise für die Außenpolitik; eine grundsätzliche Verweigerungshaltung gegenüber jeder Art internationaler Verantwortungsübernahme auch in Form der Beteiligung an Militäreinsätzen ist für eine europäisch und nordamerikanisch eingebundene deutsche Politik nicht denkbar. Gar nicht zu reden von den Restposten der „antiimperialistischen“ Chavez- und Kuba-Begeisterung. Wenig realitätshaltig sind auch die sozialpolitischen Forderungskataloge. Von einer leidlich erfolgreichen Protestpartei, die am Kern des Gerechtigkeitsempfindens auch der westdeutschen Wählerschaft beachtliche Wahlerfolge erreichen kann, wobei die Mehrzahl ihrer Wähler selbst nicht an die Realisierbarkeit ihrer Programme glaubt, zu einer echten Gestaltungskraft der deutschen Politik ist ihr Weg jedenfalls noch weit. Es mag sein, dass die Linkspartei auch in Westdeutschland als möglicher Faktor für Mehrheitsbildungen in Landtagen künftig eine Rolle spielen wird – wobei ich das Saarland eher als Sonderfall sehe. Als Teil eines neuen Linksbündnisses im Bund sehe ich sie auf absehbare Zeit nicht.

Überhaupt ist höchst zweifelhaft, ob die Wählerschaft in krisenhaften Zeiten großen Geschmack an gewagten Experimenten eines neuen Linksbündnisses finden wird. Zumal die hessische Erfahrung zeigt, dass eine Einbeziehung der Linkspartei in Regierungsbildungen in Westdeutschland auch weiter auf große Akzeptanzprobleme stößt und eine strategische Öffnung in diese Richtung für die SPD mit großen Risiken behaftet ist. Wenn die Annahmen zutreffen, dass im nächsten Jahr von krisenhaften Entwicklungen in der Realwirtschaft auszugehen ist, wird eher das Bedürfnis nach klaren und stabilen Verhältnissen wachsen als der Mut zu Experimenten.

Schließlich ist zu bedenken, dass sich die Linken mit dem Regieren ohnehin meist schwerer tun als andere. Gegen Ende der beiden langen Phasen sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen hat die SPD für Abnutzungserscheinungen und Enttäuschungen in der Regierungsverantwortung gleich zweimal den Preis folgenreicher Abspaltungen gezahlt. Allein das verdeutlicht, wie schwer sich schon eine traditionsreiche Partei wie die SPD mit dem Regieren jedenfalls dann tut, wenn die äußeren Rahmenbedingungen schwierig sind. Auch die Grünen haben in den Jahren von rot-grün fast 20% ihres Mitgliederbestandes

eingebüßt. Das sind nicht eben gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Regierungsarbeit. Zumal, wenn ein in der Mitte der Gesellschaft höchst umstrittener Partner hinzukäme.

Hinzukommt weiter, dass die zentralen politischen Gestaltungsaufgaben der vor uns liegenden Zeit einen erheblichen politischen Kraftaufwand bedeuten werden und viele der notwendigen Maßnahmen im nationalen Rahmen allein gar nicht umzusetzen sind. Wenn die Deutschen wesentlich mitgestaltend beim Zustandekommen einer neuen internationalen Finanzordnung mitwirken wollen, brauchen sie eine starke Regierung, die international Gehör findet und Durchsetzungsstärke beweisen kann. Zugleich werden auch innenpolitisch Stärke und Integrationsleistung gefordert sein. Eine unionsgeführte Regierung, die jedem radikalen Marktliberalismus abschwört und die gestaltende Rolle von Staat und Politik ernst nimmt, wird mit einer solchen Politik stärkere gesellschaftliche Integrationschancen haben als ein neues Linksbündnis. Ähnlich wie es nur rot-grün gelingen konnte, eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für Kosovo und Afghanistan-Einsätze zu schaffen, wird sich eine nicht unter Sozialismusverdacht stehende und dem Vorurteil angeblicher Staatsgläubigkeit ausgelieferte CDU-Regierung wahrscheinlich leichter tun, eine breite Akzeptanz für die Neujustierung des Sozialen in der globalisierten Welt zuwege zu bringen.

Ich kann jedenfalls nicht erkennen, dass und wie sich die neue Linkswendung der öffentlichen Stimmungslage in absehbaren Zeiträumen in ein neues parteipolitisches Linksbündnis umsetzen soll. Wenn ein solches Bündnis jenseits zufälliger arithmetischer Mehrheiten jemals zustande kommen und funktionieren sollte, müssten zwei Bedingungen erfüllt sein, die heute weit entfernt scheinen: 1. Eine starke, keine schwache SPD, die politisch auf Augenhöhe mit der Union konkurrieren könnte. Nur diese starke und einigermaßen geschlossene SPD mit dem entsprechenden Führungspersonal könnte ein solches politisches Wagnis überhaupt eingehen und besäße eine Chance, für gesellschaftliche Akzeptanz zu sorgen. Von einer solchen SPD sind wir gegenwärtig weit entfernt. Nicht zuletzt wegen der Linkspartei, die die SPD anhaltend verunsichert. 2. Eine stark pragmatisierte, auf realistische Gestaltungsperspektiven orientierte, in sich stabile und gut geführte Linkspartei mit einem abgeklärten und kooperativen Verhältnis zur SPD. Auch das ist nicht in Sicht.

4. Zusammenfassung – Gibt es eine linke Mehrheit ?

Ich bezweifle, dass die Bundesrepublik Deutschland tatsächlich vor einer „Richtungsentscheidung zwischen marktliberalem und sozial-ökologischem Entwicklungspfad“ steht, wie das in einem Aufsatz von Michael Brie unterstellt wird. Und ich glaube auch nicht, dass die derzeitige Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus mit innerer Notwendigkeit zu einem tiefen Bruch mit der Marktwirtschaft führen muss. Die tiefen Krisen des Kapitalismus sind von der politischen Linken in den letzten 150 Jahren so oft und so nachhaltig beschworen worden, dass ich dazu raten würde, da ein wenig vorsichtiger zu sein. Allzu oft hat die Linke die Reform- und Lernfähigkeit des Kapitalismus unterschätzt.

Mein Zweifel daran, dass diese postulierte Alternative die Realität wirklich trifft, nährt sich schließlich auch daraus, dass ich die beiden klar konturierten Politikentwürfe, mit denen marktliberale und sozialökologische Politikentwürfe sich gegenüberstünden, so nicht sehen kann. Ich sehe keinen einheitlichen Block des Marktliberalismus und schon gar nicht sehe ich heute einen konsistenten linken Politikansatz aus einem Guss. Das ist höchstens Wunsch, nicht Wirklichkeit.

Was ich sehe, ist eine Erosion von Vertrauen in Demokratie und Marktwirtschaft bis in die Mitte der Gesellschaft hinein – keineswegs nur in Ostdeutschland. Was ich sehe, ist eine tiefe

Verunsicherung und einen einschneidenden Verlust intellektueller Deutungsmacht des reinen Marktliberalismus und Markttraktalismus. Was ich sehe, ist eine sozialdemokratische Sehnsucht nach neuer politisch-programmatischer Sinnstiftung. Die SPD ist in die Schröder-Jahre programmatisch schlecht vorbereitet hineingegangen und aus dieser Zeit ein Stück politisch traumatisiert wieder herausgekommen, weil es im Empfinden erheblicher Teile der Partei jenseits ökologischer und lebensweltlicher Reformen fast kein Vorhaben gegeben hat, dass als Einlösung ursozialdemokratischer Politikvorstellungen gedeutet werden konnte und deshalb sinnstiftende Wirkung gehabt hätte. Die Sehnsucht gibt es gewiss; dass sie auf Sicht irgendjemand erfüllen könnte, sehe ich freilich eher nicht. Und deshalb ist es ausgesprochen unwahrscheinlich, dass die SPD in allernächster Zeit als bundespolitischer Faktor ihren Rückstand zur Union aufholen kann. Das aber wäre eine unabdingbare Voraussetzung für rot-rot-grüne Entwicklungen nach 2009. Sie brauchen ja eine starke SPD, wenn ihre Vorstellungen von neuen Linksallianzen jemals Wirklichkeit werden sollen.

Ich sehe ferner, dass natürlich auch die Grünen auf das Fünfparteiensystem und die Veränderungen der politischen Agenda reagieren. Sie haben darauf mit einer neuen strategischen Offenheit reagiert, aber auch mit einer stärkeren Rückbesinnung auf ökologische Radikalität und neuen sozialpolitischen Akzenten, die wegführen von ihrer Haltung in der Ära Schröder. Freilich wird man nicht sagen, dass sie sich damit jetzt als Teil einer neuen Linksallianz sähen und verorten ließen. Eher schon, dass die Grünen eine Phase der strategischen Unsicherheit durchmachen und sich schlicht noch nicht sagen lässt, wohin der Weg führen wird. Die Partei hätte es wohl am liebsten, wenn sie 2009 in eine Ampelkoalition eintreten könnte – was unwahrscheinlich, aber nicht aussichtslos erscheint.

Ich möchte meine Überlegungen mit vier Thesen beschließen:

1. Ja, es gibt in der Wählerschaft eine tendenzielle Mitte-Links-Mehrheit. Schon für die rot-grüne Periode war ja eine kulturelle Hegemonie von rot-grün kennzeichnend gewesen, während bei den „harten“ Themen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Kernkompetenz der Regierung tüchtiger Gegenwind ins Gesicht blies. Stoiber hat ja die Wahl 2002 nicht nur durch die amerikanischen Kriegsvorbereitungen und das Elbe-Hochwasser verloren, sondern traf einfach das Lebensgefühl besonders der jüngeren Frauen einfach nicht. Könnte man jetzt den Vertrauensverlust gegenüber marktliberalen Politikvorstellungen zur kulturellen Hegemonie linker und libertärer Wertvorstellungen einfach addieren, so spräche vieles dafür, dass auf Sicht von einer eher linken Stimmungsmehrheit in der Wählerschaft auszugehen wäre.
2. Diesen Stimmungen entspricht aber kein deutlich erkennbares inhaltliches und/oder machtpolitisches Projekt, das in der Lage wäre, diese Stimmungen in gebündelter Form aufzugreifen. In der derzeitigen SPD ist nicht einmal sichtbar, welche inhaltlichen Konturen die innerparteiliche Kräfteanordnung eigentlich bestimmen. Deshalb sieht es nicht danach aus, dass aus den linken Stimmungsmehrheiten ein machtpolitisch relevantes Projekt mit breiter Ausstrahlung werden könnte.
3. Die Einbindung der Linkspartei in parlamentarische Mehrheitsbildungen stößt in den alten Bundesländern nach wie vor auf erhebliche Akzeptanzprobleme in der Wählerschaft, die auch durch Wohlverhalten und politische Mäßigung der Akteure der Linkspartei so einfach nicht zu überwinden sind (Beispiel Hessen). Da aber bundespolitische Bündnisse ohne landespolitische Vorläufe nicht vorstellbar sind, beschwert das alle strategischen Überlegungen in dieser Richtung erheblich. Selbst für 2013 erscheint die Option rot-rot-grün aus heutiger Sicht nicht besonders wahrscheinlich.

Gleichwohl wird die Linkspartei deshalb keineswegs einflusslos sein. Ihre Präsenz als Oppositionspartei hat fraglos auch bisher schon dazu beigetragen, dass sich die politische Agenda des Landes verändert hat. Sie war und ist gleichermaßen Ausdruck wie Protagonist der beschriebenen „Sozialdemokratisierung der politischen Agenda“. Wenn die Linkspartei die nächsten Jahre zu nutzen verstünde, um sich als zweifelsfrei demokratisch-parlamentarische, marktwirtschaftsskeptische, aber nicht marktwirtschaftsfeindliche Partei auch in Öffentlichkeit der westlichen Bundesländer als ernstzunehmende Stimme mit differenzierten und realitätshaltigen Beiträgen zu gesellschaftlichen Entwicklungen stärker festzusetzen, könnte sie damit auch Bedingungen schaffen, diese Akzeptanzprobleme gegenüber einer machtpolitischen Rolle dieser Partei zu beseitigen. Die Pflege altlinker Feindbilder und Mythen vom „rechten Block“, aus dem eine hermetische Abgrenzung gegenüber der Union geschlussfolgert wird, wird dabei allerdings wenig hilfreich sein. Dieses Denken sollten sie überwinden.